

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Frankreich beschlagnahmt Industriewerke.

General Degoutte hat eine neue Verordnung über Beschlagnahme von Industriewerken herausgegeben. Wenn das Deutsche Reich seine Lieferungen von Brennstoffen nicht ausführt, dann könne die Interalliierte Ingenieurkommission von den Gruben und den angeschlossenen Werken Besitz ergreifen, desgleichen von Kohlenflößen und Vorräten. Wichtiges ist ja schon im reichsten Maße geschehen, neu in dieser Verordnung ist jedoch, daß die beschlagnahmten Werke von der Interalliierten Ingenieurkommission selbst oder von Konzessionierten betrieblen werden könne. Es scheint, daß die Franzosen auf Grund dieser Verordnung zunächst die Betriebe über Tage, die Kokereien und so weiter, in Betrieb zu nehmen wünschen.

Die Arbeitslage im Ruhrgebiet.

Essen, 4. August. (WZB.) Auf der Zeche Wieje sind 1200 Arbeiter in den Streik getreten. Sie fordern eine Löhnerhöhung von fünf Millionen Mark.

Oberhausen, 4. August. (WZB.) Die Arbeit auf der Gute Hoffnungshütte ist gestern wieder aufgenommen worden, nachdem zwischen der Direktion und dem Betriebsrat eine Vereinbarung abgeschlossen wurde, in der sich die Direktion bereit erklärt, eine Nachzahlung für die zweite Julihälfte und die Abschlagszahlung zur Auszahlung zu bringen. Es erhalten Betriebsräte über 21 Jahre 3 Millionen Mark, Ledige über 21 Jahre 2 1/2 Millionen, von 18-21 Jahren 2 Millionen, von 16-18 Jahren 1 1/2 Millionen und von 14-16 Jahren eine Million Mark.

Bochum, 4. August. (WZB.) Am Donnerstag wurden von den Franzosen die Krupp'schen Zechen Hannover I und II,

bei Glinnefeld durch Tanks und eine Infanterieabteilung besetzt. Eine sofort zusammengesetzte Belegschaftsversammlung beschloß, von 12 Uhr mittags ab in einen 48stündigen Proteststreik einzutreten. Vergebens wurde von französischer Seite versucht, die Belegschaft zum Weiterarbeiten zu bewegen. In einer auf heute einberufenen Versammlung wird die Belegschaft über ihr weiteres Verhalten Beschluß fassen. Infolge dieses Ereignisses waren schon gestern Bochum und Boronit ohne Gas. In vielen Haushaltungen war es nicht möglich, ein Essen zu bereiten. Auch in zahlreichen Betrieben wurde das Fehlen des Gases sehr unangenehm bemerkt. In den Krankenhäusern können keine Operationen vorgenommen werden.

50000 Frank Geldstrafe für Marl.

Marl, 4. August. (WZB.) Der Gemeinde Marl ist durch Befehl des Oberkommandierenden Generals Degoutte wegen der Ermordung eines belgischen Soldaten in der Sägmühle an der Lippe eine Geldbuße von 50 000 französischen Franken auferlegt worden. Die Zahlung der Buße hat bis zum 20. August zu erfolgen. Falls die Zahlung nicht geschieht, werden für die Dauer von drei Monaten in Haft genommen Beigeordneter Hoffmann, Gemeindevorsteher Röhl und Gemeindevorsteher Höb. 50 000 Frank sind etwa 5 1/2 Milliarden Papiermark wert.

Reddinghausen, 4. August. (WZB.) Auf dem Flugplatz Wanneherien wurden vor einigen Tagen von der Besatzung größere Vorräte alter Munition vernichtet. Durch die Detonationen wurden fast sämtliche Fensterscheiben und Schaulinien des Stadtheils Reddinghausen-Süd zerbrochen.

Aus Belgiens Graubuch.

Brüssel, 4. August. (Eca.) Die belgische Regierung veröffentlichte gestern abend ihrerseits die beiden wichtigsten Dokumente aus den letzten Reparationsverhandlungen, nämlich das Memorandum, das Baron Moncheur als Antwort auf den englischen Fragebogen vom 18. Juli übermittelt, und die belgische Entgegnung auf den englischen Antwortentwurf vom 20. Juli. Die Regierung hat gleichzeitig die Veröffentlichung eines Graubuches beschlossen, das alle diplomatischen belgischen Dokumente und Studien seit dem letzten Januar enthalten soll. Die belgische Memorandumantwort auf den 18. Juli beschäftigt sich in der Hauptsache mit der Frage des passiven Widerstandes. Sie entwickelt vier Bedingungen, die erfüllt sein müßten, damit der passive Widerstand nach der Auffassung der belgischen Regierung als eingeleitet gelten könne:

1. Sei es hierzu notwendig, daß die Reichsregierung und alsdann die Regierungen der interessierten deutschen Bundesstaaten den status quo wiederherstellen, der vor dem 11. Januar 1923 auf beiden Rheinseiten herrschte, d. h., daß sie alle Verordnungen, Erlasse und Instruktionen zurückziehen, die diesem status quo nicht entsprechen. Die belgische Regierung erklärt in diesem Memorandum, sie sei nicht geneigt, die Reparationsfrage zu besprechen, während die Bewohner oder Gruppen von Bewohnern des Ruhrgebietes oder anderer besetzter Gebiete sich weigern, für die Besatzungsbehörden zu arbeiten, ferner Mißbilligungen über die Befehle kundzugeben oder über ihre Maßnahmen.

2. Die Einstellung des passiven Widerstandes darf nicht gleichbedeutend als aktive Mitarbeit der deutschen Bevölkerung an den Maßnahmen der Besatzungsbehörden betrachtet werden. Es ist genug, wenn die Bevölkerung die genannten Maßnahmen nicht hindert.

3. Die belgische Regierung ist der Ansicht, daß die Folgen der Einstellung des passiven Widerstandes die sein werden, daß eine gewisse Anzahl Gefangener oder ausgewiesener Personen begnadigt oder zur Rüdkehr ermächtigt würden. Die verschiedenen Fälle würden individuell nachgeprüft werden und dürften niemals zu einer Amnestie für Gewalt- oder Sabotageakte gegen die Befehle führen.

4. Die Einstellung des passiven Widerstandes im Sinne der belgischen Regierung wird unzweifelhaft zur Folge haben, daß die Natur der Befehle geändert wird. Diese hat, so führt die belgische Regierung aus, ihre augenblickliche Form nur auf Grund der Weigerung der Behörden, Beamten oder Agenten der deutschen Regierung erhalten, ihren Verpflichtungen nachzukommen und auf Grund der Haltung der Bevölkerung, die durch die Reichsregierung bedroht und aufgeregelt worden sei. Die belgische Regierung wäre durchaus bereit, gemeinsam mit der französischen Regierung die notwendigen Änderungen ins Auge zu fassen, um ihrer Befehle einen weniger militärischen Charakter zu geben und sie auf die Maßnahmen zu beschränken, die der deutschen Regierung am 10. Januar vorklariert worden sind.

Umfangreich ist die belgische Antwort auf den englischen Entwurf für eine Antworthilfe an Deutschland. Das Dokument beginnt mit der Erklärung, daß Belgien von dem Wunsch befreit ist, die Reparationsfragen gemeinsam mit den Alliierten zu regeln. Die belgische Regierung suche eine praktische und vernünftige Lösung dieses schweren Problems im Rahmen des Versailler Vertrages zu erreichen. Vor allen Dingen werde die belgische Regierung nicht die Gerechtigkeit aus den Augen verlieren. Es sei notwendig, daß die besonders vom Krieg heimgegriffenen alliierten Länder eine Erleichterung erhalten, derjenigen entsprechend, die man erst. Deutschland gewähren würde. Zu diesem Zwecke, wird in der belgischen Note ausgeführt, müßte man zwei Mittel ins Auge fassen: 1. Die Annullierung der Verbandsschulden und 2. die Priorität für die zerstörten Gebiete.

solten. Nach dem Versailler Vertrag stehe die Aufgabe der Reparationsregelung der Reparationskommission zu. Sie habe die Sachverständigen zu leiten, ihnen die Fragen vorzulegen, die sie lösen sollen, und ihnen die Pfänder zu beghalten. Es sei, so wird in der belgischen Note ausgeführt, von Vorteil, wenn man die Mitarbeit eines amerikanischen Sachverständigen erlangen könnte. Die belgische Antwort unterstreicht weiter die Bedeutung der militärischen und wirtschaftlichen Sicherungen, die den Alliierten als Pfänder gegeben werden sollen. Die belgische Note erklärt alsdann, daß die Einstellung der Ruhrbesetzung nach Wahgabe der deutschen Reparationsverpflichtungen erfolgen sollte. Sobald der passive Widerstand eingestellt sei, sei die belgische Regierung bereit, im Einverständnis mit der französischen Regierung der Ruhrbesetzung einen weniger militärischen Charakter zu geben, um sie nach und nach auf die am 10. Januar vorgezeichneten Maßnahmen zu beschränken. Die belgische Antwort schlägt schließlich vor, eine strenge Kontrolle über die deutschen Finanzen einzurichten, da sonst jedes Moratorium zwecklos sei. Zum Schluß dankt Belgien der englischen Regierung für ihren Vorschlag, die Prüfung der Sicherungsfrage wohlwollend zu behandeln.

Italiens Standpunkt in englischer Darstellung.

London, 4. August. (WZB.) Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt über Italiens Haltung, Mussolinis Standpunkt, wie er in den letzten Mitteilungen dargelegt worden sei, habe in britischen Kreisen große Befriedigung hervorgerufen. Er sei damit einverstanden, daß Deutschland die Aufgabe des passiven Widerstandes angetragen werden und daß als Gegenleistung die belgisch-französische Befehle unanfechtbar gemacht und eine Amnestie gewährt werden solle. Die italienische Regierung habe sich stets einer militärischen Befehle widersetzt und niemals eine Maßnahme alliierten Interventionen in diesem Gebiet begünstigt, welche über die Entsendung einer technischen Kommission zur Überwachung der Regelmäßigkeit der Sachlieferungen, insbesondere von Kohle, hinausgingen. Mussolini sei der Ansicht, daß bei einer Regelung der Reparationsfrage sofort die Räumung des Ruhrgebietes durch die Franzosen und Belgier erfolgen sollte. Er begünstige nicht den Gedanken Poincarés, „örtlich produktiver Pfänder“, sondern die englisch-belgische These, für den Fall eines neuen Verzugs auf allgemeine Hilfsquellen und strenge Sanktionen zurückzugreifen.

Andererseits werde Mussolini wohl sehr beträchtliche Vorbehalte wegen der britischen Vorschläge betreffend internationale Kontrolle der deutschen Finanzen machen und insbesondere sei er der Ansicht, daß solche Maßnahmen nicht schicklich sein dürften. Er sei gegen alles, was nach Ottomaniertung schmecke. Im Gegensatz zu Frankreich stehe Italien nicht starr auf dem Zahlungsplan von 1921, verlange aber gleichzeitige und parallele Regelung der Reparationen und der Kriegsschulden. Endlich würde es nicht abgeneigt sein, in der Schuldenfrage ein Sonderabkommen zu schließen. Ein solches Verfahren habe aber in England noch nicht genügend Unterstützung gefunden. Der Versuch, die Reparationsfrage mit der Frage der interalliierten Schulden zu verquiden, würde die Aussichten auf eine amerikanische Mitwirkung gefährden.

Dollarkurs: New York 1 200 000!

In Anbetracht des morgigen Feiertages und der noch immer ungelärten innen- wie außenpolitischen Lage ist man in Börsenkreisen immer noch stark zur Zurückhaltung geneigt. Die neuesten Meldungen aus New York brachten mit einem Kurs von 1 200 000 ein erneutes Sinken der Mark. Die Vormittagskurse der Mark in Basel entsprechen einer Parität des Schweizer Franken von 207 500 und des Dollars von 1 162 000. Die amtlichen Devisennotierungen wurden heute an der Börse nicht vorgenommen. Man rechnet bereits für Montag mit einer Einführung des freien Devisenverkehrs.

Warennot und Warenpreise.

Von H. Grzesinski, Präsident des Landespolizeiamtes.

Im Innern sind es neben den rein politischen zurzeit hauptsächlich zwei Fragen, die mit Recht alle Kreise der Bevölkerung auf das ernsthafteste beschäftigen und auf das tiefste bewegen: die ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und die Preisgestaltung der Waren des täglichen Lebensbedarfs.

Auf die Notwendigkeit einer ausreichenden Versorgung der Bevölkerung mit Fett durch Förderung der Einfuhr ist in letzter Zeit auch an dieser Stelle wiederholt mit Nachdruck hingewiesen worden. Die Einfuhr von Lebensmitteln darf aber nicht auf Fette beschränkt bleiben, und sie darf auch nicht allein unter dem Gesichtspunkt der Versorgung erfolgen; auch der Preis spielt für die Warenversorgung eine erhebliche Rolle. Gewiß haben wir uns heute mehr denn je bei der Einfuhr Beschränkungen aufzuerlegen; doch die ausreichende Versorgung der deutschen Bevölkerung mit Lebensmitteln ist das oberste Gebot. Seine Erfüllung sichert mehr Ruhe und Ordnung im Innern als alle Polizei- und Reichwehrebereitschaften. Gefrierfleisch, Getreide, Reis, Frühkartoffeln, Frühgemüse sind infolgedessen zur Einfuhr ebenso dringend nötig, und zwar nicht nur zum Zwecke der Versorgung der Bevölkerung, sondern auch um einen Preisdruck auf gewisse Inlandswaren auszuüben.

Die Preissteigerungen, die wir gleich nach der Ruhrbesetzung im Januar und Februar erlebt haben und jetzt wieder erleben, und welche die Bevölkerung mit Recht so stark erregen, weil ihre Einnahmen nicht gleichen Schritt damit halten, haben ihre wesentliche Ursache in der Entwertung des deutschen Geldes. Alle Warenpreise lassen sich damit reiflos jedoch nicht erklären. Die Preise z. B. für Eier, Milch, Butter, Mehl, Fleisch, Kartoffeln, Obst, Gemüse, Textilien, auch Schuhwaren sind in ihrer Höhe durch den Marktstand nicht gerechtfertigt. Sie sind weit mehr gestiegen, wie der Geldentwertung entspricht.

Diese Preissteigerungen sind auf Preistreiberien zurückzuführen, die durch die starke Nachfrage nach diesen Gegenständen seitens des Handels und der Verbraucher begünstigt worden sind. Hier wirkt neben der Weglosigkeit vieler landwirtschaftlicher Erzeuger und der Kartelle, Preisvereinbarungen und so weiter in Bezug auf ihre Preisforderungen in erster Linie die große Zahl der laufenden Händler preistreibend.

Die Preissteigerung hat aber nicht nur die Verbraucher, sondern auch die Handelskreise stark erregt. In Vorstellungen bei den Behörden, in eingehenden Schreiben und Denkschriften an die Ministerien und in überfüllten Protestversammlungen ist diese Erregung zum Ausdruck gekommen. Insbesondere ist es der Einzelhandel, der große Sorge um seine Existenz zeigt, und es muß gesagt werden, daß sie nicht unbegründet ist. Dem Einzelhandel und den Genossenschaften, die sich in gleicher Lage befinden, ist es heute kaum mehr möglich, die erforderlichen Warenmengen zu beschaffen und ihre volkswirtschaftliche Aufgabe als Verteiler der Waren an die Bevölkerung zu erfüllen. Viele Geschäfte haben wegen Warenmangel geschlossen, andere nur noch stundenweise am Tage geöffnet. Daß dadurch eine weitere Preissteigerung bewirkt wird, ist klar. Dem muß im Interesse des Ganzen begegnet werden.

Der Handel ist mit seinen Forderungen auf Abhilfe sehr schnell bei der Hand. Indem er alle Schuld auf die Wucherergesetzgebung und ihre Anwendung durch die Behörden schiebt, die ihn hindere, für seine Ware den Preis zu nehmen, den er zur Wiederbeschaffung neuer Ware notwendig hat, fordert er Aufhebung der Preistreiberordnung, Beseitigung der Wuchergerichte und noch vieles andere. Ueber diese Forderung ist selbstverständlich ernsthaft nicht zu diskutieren. Daß bei der Geldentwertung und Warenknappheit der Wucher blüht, und daß den oben erwähnten Preistreiberien vielfach strafbare unlautere Machenschaften zugrunde liegen, kann ernsthaft nicht bestritten werden. Darum sind die neuen, gerade jetzt in Nr. 63 des Reichsgesetzblattes vom 28. Juli erschienenen Verordnungen zur Ausführung des Artikels VI des Notgesetzes vom 13. Juli 1923, die eine Zusammenfassung der Bestimmungen, Anpassung an die neuen Verhältnisse und Verbesserung der verstreuten, sich teilweise widersprechenden, lückenhaften alten Wucherbestimmungen darstellen, auf das lebhafteste zu begrüßen.

Es ist heute notwendiger denn je, die Wucherbestimmungen entschieden anzuwenden, und im Interesse einer schnellen Justiz müssen auch die Wuchergerichte bestehen bleiben. Die Wucherergesetzgebung ermöglicht, der Warenrückhaltung, dem Ketten- und Schleichhandel, unlauteren Machenschaften, Höchstpreisüberschreitungen und dem Preis- und jetzt auch Leistungswucher entgegenzuwirken. Allerdings ist die Tätigkeit der Wucherbehörden bei stabiler Baluta eine leichtere, wie jetzt bei der Markkatastrophe, wo sie hohe Anforderungen an die Sachkunde und Geschicklichkeit der Beamten stellt. Es ist heute nicht leicht auseinanderzuhalten, was Geldentwertungsaufschlag und wucherischer Gewinn ist. Der Laie ist gern geneigt, Berücksichtigung der Geldentwertung für Wucher zu halten, aber auch mitunter Wucher für Geldentwertung anzusehen. Diese Unsicherheit des Wucherbegriffs erschwert die Wucherbekämpfung ganz außerordentlich. Sie ist zugleich die Ursache einer beklagenswerten Rechtsunsicherheit für weite Kreise unseres Volkes, die, wenn irgend möglich, beseitigt oder doch gemildert werden muß. Es bestehen heute keine Meinungs-

verschiedenheiten mehr darüber, und im übrigen spricht das die neue Preisstrebereinerordnung vom 13. Juli 1923 auch ausdrücklich aus, daß zu den Verhältnissen, die bei der Feststellung eines übermäßigen Gewinnes Berücksichtigung zu finden haben, insbesondere die Verschlechterung oder Besserung der Kaufkraft des Geldes in der Zeit zwischen dem Einkauf oder der Herstellung der Ware und ihrer Veräußerung, also die Geldwertänderung, gehört.

Die Frage ist von jeher gewesen und ist heute wiederum sehr brennend, wie die Geldentwertung am gerechtesten unter Ausschaltung jeglichen Sondergewinnes des Verkäufers und unter Berücksichtigung der Verbraucherinteressen am besten möglich, womöglich ständig zahlenmäßig festzustellen ist. Darüber liegen bereits Versuche vor. Das Reichsgerichtsurteil vom 19. Dezember 1922 über die Berücksichtigung der Geldentwertung und die Reichsministerien messen die Geldentwertung an den Indexzahlen der Lebenshaltungskosten, die das Reichsstatistische Amt herausgibt. Nach dem österreichischen Vorbild sind der deutsche Buchhandel, die Bäckervereinigungen und Organisationen des Lebensmittel- und Textilhandels zur Festsetzung von Schlüsselzahlen übergegangen, die nach der Geldentwertung geändert und mit gewissen Grundzahlen, die meist Friedenspreise entsprechen, multipliziert werden.

Weist die Erfahrung der letzten Wochen gezeigt hat, reicht die Berücksichtigung der inneren Geldentwertung nach den statistischen Reichszahlen zur Ermittlung der Geldentwertung bei großen und kurz aufeinanderfolgenden Schwankungen nicht mehr aus. Es müssen neue Wege gesucht, gefundene so begangen werden, daß kein Schaden für die Verbraucherschaft entsteht, andererseits aber die Warenverteilung möglich bleibt.

Seit einiger Zeit notiert der Lebensmittelgroßhandel in Berlin und vielen anderen Städten auf Grund von vorliegenden Offerten für die wichtigsten Lebensmittel die Großhandelspreise und veröffentlicht sie durch das WTB. Wenn durch Mitwirkung amtlicher Stellen, der Konsumgenossenschaften und der Verbraucher der Deffentlichkeit die absolute Gewähr gegeben würde, daß die Notierungen auf Grund ausreichender und zuverlässiger Angebote und Warenvorräte ordnungsgemäß erfolgen und Preisänderungen nur der Geldwertänderung entsprechen, könnten diese Großhandelspreisnotierungen sehr wohl die Grundlage für die Kleinhandelspreise bilden. Den mittleren Preisprüfungsstellen, die nach der neuen Verordnung über Preisprüfungsstellen besondere Bedeutung erlangen, könnte eine sehr dankenswerte Tätigkeit eröffnet werden, wenn sie als amtliche Stellen bei diesen Preisnotierungen mitwirkten. Die Feststellung der Kleinhandelszuschläge hätte, wie zum Teil bisher schon, durch die örtlichen Preisprüfungsstellen zu erfolgen, die auch ihre Höhe dauernd nachzukontrollieren hätten. Die Großhandelspreisnotierungen wie die zulässigen Handelsunkosten wären dauernd zu veröffentlichen, so daß in Zukunft die Preisgestaltung vom Großhandel bis zum Kleinhandel sich in aller Deffentlichkeit und unter aktiver Mitwirkung der Verbraucher vollzieht.

Komplizierter ist die Berücksichtigung der Geldentwertung durch die Schlüsselzahlen, weil die verschiedenen preisbestimmenden Faktoren verschieden beeinflußt werden. Die Schlüsselzahl, die z. B. der Reichsverband für Damen- und Mädchenbekleidung herausgibt und die von Einzelhandelsverbänden in Berlin, Dresden, Leipzig, Hamburg, Münster, Eisenach und vielen anderen Städten angewendet wird, ergibt sich aus dem Steigen oder Fallen folgender Faktoren: 40 Proz. des Dollarbriefkurses an der Berliner Börse, berechnet nach dem Durchschnittsfaß von 6 Tagen, 30 Proz. des Großhandelsindex der Berliner Industrie- und Handelszeitung, 15 Proz. des Goldaufkaufsgeldes, 15 Proz. Arbeitslöhne in der Textilbranche. Andere Interessengruppen berechnen ihre Schlüsselzahlen wieder anders. Es herrscht heute darin bereits ein erhebliches Runterbunt. Daß diese Berechnungen aber der öffentlichen Kontrolle unterstellt werden müssen, erscheint mir dringend notwendig und heute auch noch möglich. Auch die oft noch mehr als die Schlüsselzahlen ansichtbaren Grundzahlen müssen öffentlicher Kontrolle unterworfen werden. Die Grundzahl, mit der die Schlüssel-

zahl multipliziert wird, ist oft willkürlich gewählt, und seine Festsetzung ist zurzeit mehr als Vertrauenssache, da es nur sehr schwer möglich ist, den Friedenspreis zuverlässig festzustellen.

Grundsätzlich ist aber gegen das System der Schlüsselzahlen nichts einzuwenden. Wenn die öffentliche Kontrolle und die amtliche Mitwirkung gewährleistet ist, möchte ich sogar einem Ausbau für alle die Waren des täglichen Lebensbedarfs das Wort reden, für welche eine Preisnotierung der obenerwähnten Art nicht erfolgt oder nicht möglich ist. Voraussetzung ist auch hier, daß die Schlüsselzahl unter entscheidender Mitwirkung der örtlichen, mittleren Preisprüfungsstellen oder der Reichsprüfungsstelle (Reichswirtschaftsministerium) zustande kommt und auch die Grundzahl von den örtlichen Preisprüfungsstellen auf ihre Richtigkeit hin ständig überwacht wird. Die Anwendung des Preisnotierungs- wie Ausbau des Schlüsselzahlensystems bedarf natürlich noch eingehender Durchsicht.

Noch eine Voraussetzung ist sowohl für die Anwendung des Preisnotierungs- wie des Schlüsselzahlensystems erforderlich: nämlich daß man endlich alle Bezüge, Löhne und Gehälter wertbeständig macht.

An eine Preisbeeinflussung der Urprodukte und Industrieprodukte ist aber auch durch die vorstehenden Preisermittlungssysteme nicht heranzukommen. Dazu bedarf es stärkerer Mittel: einer modernen Kartellgesetzgebung, die es dem Reich ermöglicht, die Kartellbetriebe ihre Einrichtungen und die Preisalkulation so zu kontrollieren, daß eine entscheidende Beeinflussung möglich ist.

Die Preisermittlung der landwirtschaftlichen Inlandserzeugnisse bleibt nach wie vor ein Problem. Außer bei Getreide, wo der Preis an der Börse auf Grund von Angebot und Nachfrage ermittelt wird, beruhen die Preise bei allen übrigen landwirtschaftlichen Produkten auf gefühlsmäßigen, durch Preistreiber stark beeinflussten Forderungen. Wegen die Preise über dem Weltmarktpreis, so können sie eventuell durch Einfuhr gemindert werden; doch ist das heute nur sehr beschränkt möglich. Wenn man zur Zwangswirtschaft nicht zurückkehren will, so bleibt zu prüfen, ob nicht durch ein System der Preisrelation nach dem Friedensstand die Preise für die wichtigsten landwirtschaftlichen Produkte nach dem jeweiligen Getreidepreis zu ermitteln wären.

KPD.-Sturm gegen Zeigner.

In Zwickau, Aue und Lautern sind bei Streiks Terrorakte vorgekommen. Arbeitgeber wurden körperlich mißhandelt. Die sächsische Regierung hat vor der Wiederholung von Gewalttätigkeiten gewarnt und Vorkehrungen zum Schutz der persönlichen Sicherheit angeordnet.

Deswegen hat der Landesvorstand Sachsen der KPD. eine Erklärung losgelassen, in der er sagt, die Regierung habe sich selbst „als Regierung der kapitalistischen Ordnung“ proklamiert und die Frage ihrer Existenz aufgerollt. Aus neuerlei der Beweis geliefert, daß „eine sozialdemokratische Regierung niemals die Interessen des Proletariats vertreten kann“.

Die „rote Fahne“ setzt heute den Sturm gegen die Regierung Zeigner fort. Sie spricht von einer „Stellungnahme für die kapitalistischen Kassenstränge gegen die streikenden Arbeiter“. Sie habe „vor der bankrotten Cuno-Regierung gestanden“ und sich als „vollständig unfähig“ erwiesen.

Das ist die Sprache der Kommunisten einer Regierung gegenüber, die auf einer Vereinbarung zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten beruht.

Der Anlaß dazu ist an den Haaren herbeigezogen. Denn daß keine Regierung, auch keine kommunistische, sich gegen Ausschreitungen untdig verhalten kann, weiß auch die KPD. Siehe Ruhland, wo Streiks überhaupt nicht gestattet sind und friedliche Arbeiterversammlungen mit Gewalt auseinander getrieben werden.

Der Grund liegt tiefer. Denn wer sich den Faschisten anbietet, kann natürlich mit den Sozialdemokraten keine Gemeinschaft haben. Die Faschisten rufen in Preußen: „Fort mit

Seinerling!“, in Sachsen: „Fort mit Zeigner!“ Die Kommunisten stimmen in diesen Ruf ein.

So besteht auch in diesem Punkt zwischen den neuen Brüdern volle Übereinstimmung.

Alldeutsche gegen Völkische.

Claf ruft um Hilfe gegen Wulle.

Der Vorsitzende des Alldeutschen Verbandes und Hauptinhaber der „Deutschen Zeitung“, Justizrat Claf, tritt die Flucht in die Deffentlichkeit an. Der auspölkische Wulle hat in einer an deutschpölkische Vertrauensleute verbreiteten Denkschrift die Behauptung aufgestellt, Claf habe für seine Person und für die von ihm geleiteten politischen Unternehmungen Geld aus freimaurerischen Kreisen zu dem Zweck erhalten, die Einigung sämtlicher völkischer Kräfte und Organisationen zu hintertreiben.

Claf teilt nun mit, daß er wegen dieser Beschuldigung den Reichstag sofort um Aufhebung der Immunität Wulles ersucht habe, damit er ihn vor Gericht ziehen könne. Zu dem Zweck fordert Claf auf, ihm ein Exemplar der Denkschrift zur Verfügung zu stellen, damit er den Wortlaut der Beschimpfung dem Reichstag und dem Gericht vorlegen könne. Dann fährt er fort:

Sollte die Denkschrift als „vertraulich“ bezeichnet sein und deshalb gegen ihre Herausgabe Bedenken bestehen, so weise ich darauf hin, daß die Vertraulichkeit aufgehört, wo eine unbesetzte Ehre angegriffen wird. Wer das Unheil kennt, das in den Jahren seit dem Zusammenbruch mit „vertraulichen“ Verleumdungen angerichtet worden ist, wird diese Auffassung teilen, zumal da es keine gefährlichere Form der Verleumdung gibt, als die in solcher Gestalt auftretende.

Das sind harte Worte. Aber sie klingen so seltsam bekannt. War es nicht Bethmann-Hollweg, der einst sich gegen ähnliche „vertrauliche“ Verleumdungen in die Deffentlichkeit flüchtete und dabei das Wort von den „Piraten der öffentlichen Meinung“ prägte? Und waren es nicht auch Alldeutsche und Völkische, denen dieser Jorntur galt: die Kapp und seine Spießgesellen von der „Vaterlandspartei“? Es sind immer dieselben Kreise, die im Dunkel der „Vertraulichkeit“ mit Denkschriftenverleumdung arbeiten. Und es gehört zu ihrem ständigen Brauch, dem anderen Begünstigung durch Juden vorzumerfen.

Die Deffentlichkeit wird dem Herrn Claf dankbar dafür sein, daß auch er jetzt das Geschäft mit „vertraulichen“ Verleumdungen bestätigt, obwohl er ein Alldeutscher ist. Im übrigen wird sie über den völkischen Brei bald im klaren sein. Denn es findet hier das alte Wort aufs neue Anwendung, daß jeder dieser Herrschaften „von dem anderen abgetan“ werde.

Der Sieg der Papierfabrikanten.

Aufhebung der Höchstpreise für Zeitungsdrukpapier.

Das Diktat der Papierfabrikanten, das ein amtlicher Bericht sehr schön als eine „Einigung“ aller Interessenten bezeichnet, veranlaßt nunmehr das Reichswirtschaftsministerium, die Verordnung über Höchstpreise für Zeitungsdrukpapier mit sofortiger Wirkung aufzuheben. Da sich die Fabrikanten sowieso nicht an die Höchstpreise hielten, blieb dem Reichswirtschaftsministerium nichts anderes zu tun übrig. Der Staat hat wieder einmal vor dem Privatkapital kapituliert.

Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung.

Vom kommenden Montag ab werden die Sätze der Erwerbslosenfürsorge erneut erhöht und betragen dann in Berlin für Ledige 90 000 Mk., für Verheiratete 33 000 Mk. mehr und für Kinder 27 000 Mk.

Rußlands Luftstrahlung. Aus Anlaß des Tages der russischen „Roten Luftschiffahrt“ werden Büchsenammlungen zur Verstärkung der Luftflotte veranstaltet.

Stegreifkomödie der Moskauer.

Prinzessin Turandot von Gozzi.

Wunderschön, Trohdem entsehrlich. Darum zu befehtigen. Der Widerspruch ist aufgelöst. Er wird aufgelöst durch Herrn Lunatschky selbst, den sowjetischen Volksbeauftragten für die schönen Künste. Herr Lunatschky schreibt mit vor Jahresfrist für die deutschen Schauspieler einen Artikel. Darin beklagte er, daß die politische und wirtschaftliche Revolution seines Landes nicht gleichbedeutend gewesen sei mit einem Umschwung in kulturellen und ästhetischen Dingen. Der begierige Wagen und der rechnende Kopf hätte sich viel schneller an eine Revolution gewöhnt als die gestaltende Phantasie und der empfangende Geschmack. Das Theater Sowjetrußlands lebt im großen und ganzen von dem alten Stil, von den alten Stoffen, kurz, von der Ueberlieferung.

Nun ist die Ueberlieferung, die das Moskauer Künstlertheater pflegte, eng verknüpft mit dem verstorbenen Rußland. Es war eine hohe Kunst, doch es war eine Kunst der Vergangenheit. Die russischen Dramatiker, die gespielt wurden, etwa Tschchow und Gorki, zeigten den alten, den schwärmerischen, den geknechteten russischen Menschen, der sich wohl in eine Seelenfreiheit hineinsehnt, den aber die Jahrhunderte der Gebundenheit nicht locker lassen. In der feinen und naturalistischen Durchsichtung dieses Menschen leitete das Moskauer Künstlertheater herrliches. Es war so vorzüglich, weil es nur die Spiegelung seiner Entstehungszeit gab. Wir lernten den russischen Menschen bis auf seine Gefährlichkeit und Besessenheit kennen. Wir liebten und bewunderten ihn sogar noch in den letzten Monaten, wenn wir auch wußten, daß nur eine labile Verstärkung gezeigt wurde.

Nun fahren die romantisch gesinnten Jöglinge der Moskauer Theaterclubs fort, uns zu besuchen. Sie bringen die helle Komödiantenlaune, sie bringen nach der Naturalistik die perlende und überfließende Komödiantenlaune, die sich um keinen Dichterbesitzer bekümmert, sondern alles aus dem Stegreif für die frühlichen Bretter aufsticht. War das naturalistische Moskauer Theater der Sieg über das Stegreiftheater, so wollte man jetzt die höchste Vollendung einer Komödie, die gar keinen Zeitinhalt besitzt. Nur die Kulissenportage soll herrschen. Der Schauspieler soll wieder reiner Bajazzo sein, nachdem man ihm eben erst das wahre Menschenentum eingehärt hat.

Alles ist Theaterplunder, herrlicher, in allen Regenbogenfarben und Körperverrenkungen prunkender, aber alles ist leer. Es ist unendlich dekadent. Es ist trotz des Aufwandes von drei Ausstattungswaggons sehr arm, weil es ohne den geistigen und geistlichen Inhalt der Zeit ist. So durfte man Theater träumen, als Nikolas und Rasputin noch regierten und die Menschen des ganzen Landes, die Gebildeten besonders, sich in eine geknechtete, gepulverte Ehenwelt vertrieben mußten, wenn sie der sibirischen Kalemate entgehen wollten. Das war alles prächtige Wissen und Narrenkomödie und auch eine treue Schilderung der Verlotterung und Verlogenheit, die sich in der alten Zarenwelt entfaltete. Man hat sich die römischen Pantomimen nicht anders vorzustellen als dieses vollendete Bajazzospiel.

Eine entzückende Parodie des verstorbenen Rußland, das wird gezeigt. Eine Trogödie oder Fosse aus dem Neuen, das ist, was fehlender wäre, wenn auch bestimmt nicht so schillernd, so prächtig und erfreulich. Die Regisseure aus der Schule Stanislawski waren unermüdliche Freunde der Anmut. Eugen Wachangow, der sich von dem alten Meister trennte, um seine eigenen Künstler zu erziehen, starb in jungen Jahren. Es war jedoch für ihn eine Regietat, eine Lebensstat. Er überwand das Zufällige der Kunst. Die Beine, die Blide, die Brüste der Frauen, die Stimmen, die Bewegungen der Hände, jedes Verhältnis komischer Mißformen, jede mögliche Schottierung seltener Farben, alles ruhte er aus. Seine Künstler durften sich nicht durch Talent oder Individualität unterscheiden. Jeder einzelne mußte im Zusammenspiel untergehen. Obwohl sie alle nur der Aufbewahrung des Alten und im Rahmen des Hergebrachten Ungeüblichen dienen, verzaubert sie dennoch für drei Stunden eine paradiesische Welt.

Diese Welt gehört uns nicht mehr. Wir wachen auf und ärgern uns darüber und verlangen zu sehen, daß auch die Gegenwart unter Umständen köstlich und sogar tröstlich parodiert werden kann. Es wider uns diese Gozzi-Geschichte, von Schiller einst steif verdeutschelt, von Buloni längst noch mit der Sucht nach neuartigen Rufft veront, beinahe an. Wir finden es nicht mehr unterhaltsam, wenn sich alles nur um die Liebe zwischen einem schäßigen Prinzesslein und einem zuckerharten Prinzen dreht. Max Hochdorf.

Erdkundliche Filmaufnahmen. So rasch sich der Film auch in den letzten beiden Jahrzehnten entwickelt hat, so sind doch selbstverständlich auch nicht im entferntesten alle die Möglichkeiten bereits ausgeschöpft, die dieses neue Anschauungsmittel bietet. Die Industrie warf sich auf das Gebiet, das am meisten Gewinn verspricht, auf den unterhaltenden Film. Der wissenschaftliche Film wird als „Kulturfilm“ nur so mitgeschleppt. Und doch bietet die Kinematographie gerade für die Wissenschaft noch unbegrenzte Aussichten. Was könnte allein die Erdkunde durch ihn gewinnen! Gewiß haben wir in dem Durchschnittsprogramm der Kinos bereits Bilder aus fernen Erdteilen, von schönen Landschaften, von merkwürdigen Völkern, und in letzter Zeit immer mehr Expeditionen ausgezogen, die überall auf dem Erdball Aufnahmen gemacht haben. Aber nur selten waren diese Reisenunternehmungen wissenschaftlicher Natur.

Hermann Häfner hat daher in seinem Buch über Kino und Erdkunde die berechtigte Forderung aufgestellt, daß eine Filmexpedition, die wissenschaftliche Zwecke verfolgt oder auch nur nebenbei berücksichtigt, stets von mehreren Fachleuten begleitet sein muß. Wenn irgendwo, so ist hier eine enge Verbindung zwischen Kinoleuten und Gelehrten notwendig. Nur unter Aufsicht Sachverständiger kann der erdkundliche Film Ersprießliches leisten, der Wissenschaft und der Volksbelehrung dienen. So wird die Aufnahme von Vulkanausbrüchen, wie sie bei der letzten Katastrophe des Vetus gemacht wurden, unsere Kenntnis von den Einzelheiten dieser Vorgänge vermehren; das gleiche ist bei der Aufnahme von Erdbeben der Fall. Auch die Oberflächengestaltung der Erde, die Welt des Wassers lassen sich noch ganz anders betreiben und veranschaulichen, als es bisher geschehen ist. Klimatologische Erscheinungen lassen sich mit allen

Feinheiten des Lichtes und der Luftbewegung im Film vergegenwärtigen. Bei höherkundlichen Aufnahmen muß vielmehr als bis jetzt das Seelenkundliche berücksichtigt werden; nur wenn man die Primitiven in ihrem alltäglichen Leben belauscht, wird man die Menschengeographie auf eine neue Grundlage stellen.

Ein deutsches Künstler-Erholungsheim am Inn. Der bayerische Landesverein für Volkskunde hat die von ihm wiederhergestellte alte Feste Neuburg bei Passau am Inn der deutschen Kunstlerkass als Erholungsheim überlassen in dem Gedanken, damit der deutschen Kunstlerkass eine Stätte der Erholung und Anregung zu bieten und zugleich in ihr die beste Treuhänderin der anvertrauten Schätze zu finden. Ein Teil der Räume, durch weit daneilere Inanspruchnahme vermachelt, ist in alter Herrlichkeit wieder hergestellt: schöne Räume, herrliche Möbel, reichverzehrte gotische Decken. Im Hofe, von den Säulern und Fenstern aus bieten sich die herrlichsten „Rottwe“ für den Landkassler.

Vortrefflich! Sollte es nicht auch möglich sein, von den Hunderten von Schiffern, die in Deutschland z. T. zwecklos ihr Dasein fristen, eines für die deutschen Schriftsteller und Redakteure freizumachen? Diese können sich schon lange keine Erholung mehr leisten, und wenn sie wirklich aufs Land kommen, müssen sie entdecken, daß nichts anderes Leute, die inzwischen ihre Stadtmöbungen vermierten, auf Monate lang ihnen die Unterkunft vorweggenommen haben. Vielleicht denken einige von den Winterkassern, die aus der Presse hervorgegangen sind oder doch sie manchmal mit schönen Reden bedenken, auch einmal an Taten für die Presse.

Der Jorntrotz zu Handels Trauermarsch. „The Blues“ heißt eine neue Form des Jorntrotz, die diesen Tanz ein wenig vereinfacht und Amerika aus ihren Siegeszug nach der alten Welt angetreten hat. Dieser „Blau Trotz“ wird bereits in England und Frankreich getanz und zeichnet sich durch einen etwas veränderten Rhythmus aus. Sein Erscheinen wurde auf dem Kongress der englischen Tanzlehrer in London feierlich angekündigt und zugleich betont, daß man ihn zu jeder beliebigen Musik tanzen kann. „Die Tanzmusik ist tot“, sagte einer der Redner; Tanzmusik sei jetzt viel ruhiger geworden und es genügt schon ein paar Trommelschläge, um den Rhythmus anzugeben. Auch könne die klassische Musik in viel größerem Umfang als bisher bei den modernen Tänzen verwendet werden; so eigne sich z. B. für den neuen Jorntrotz als Begleitmusik vorzüglich der Trauermarsch aus Handels „Saul“.

Erstausführungen der Woche. Mittw.: Ballnerk.: Die Auguste-ur. Donn.: Leffingh.: Redlichkeit ist gut. Freitag: Gr. Volkoper: Sar und Zimmermann.

Irania-Vorträge. Mont., Dienst., Mittw.: Unter Bilden und milden Tieren. Donn.: Die schönedenische Stadt. Freitag: Alpenabente in Berner Oberland. Sonnabend: Unter schöneden Riesengebirge.

Wang Schreder arbeitet zur Zeit an einer zweifachen Oper „Remmon“. Der Stoff behandelt den legendären Jorntrommner aus Ende der Welt, ins Reich der Götter und gleichzeitig die Entstehung des Remmontolles sowie dessen Erfindung bei Sonnenaufgang.

Schutz der Meinedsprinzessin.

„Wie kann ich sonst so tapfer schmälen...“ Die alldeutsche „Deutsche Zeitung“ hat sonst den moralischen Himmel. Sie kann über die Verworfenheit der Sozialdemokratie „nicht Worte genug der Zunge finden.“ Aber jetzt, da die Zimmerwartin Ehrhardt, die sich Prinzessin Hohenzollern nennt, vom Staatsgerichtshof wegen Meineds verurteilt worden ist — sehr, sehr gelinde verurteilt! —, jetzt kann das Organ des Pastors Maurenbrecher Entschuldigungsgründe aller Art für die Meinedsprinzessin zusammentragen. Da sie „welfremd“ war, heißt es in der „Deutschen Zeitung“, so bestehe durchaus die Möglichkeit, daß sie meinte, der Kapitän Ehrhardt sei infolge Ablegung seines Namens nicht mehr als Ehrhardt zu erachten. Deshalb sei das Urteil des Staatsgerichtshofes ein Fehlurteil. Und um so mehr werde sich die menschliche Teilnahme der Verurteilten zuwenden.

Wicotel ganz Rückfichtnahme doch für ein so armes Prinzessin in der rauhen Männerwelt aufgebracht werden kann! Nur daß diese Rückfichtnahme ganz unangebracht ist. Diese Dame war durchaus nicht welfremd. Sie war ganz impertinent von ihrem Standesdünkel und Adelsstolz durchdrungen, als sie dem Untersuchungsrichter des Reichsgerichtshofes von vornherein erklärte, sie sei Prinzessin und brauche nicht zu schwören! Vielleicht dachte sie, dem — bloß — bürgerlichen Juristen durch diese Arroganz zu imponieren und war um so erstaunter, als der Richter ihr auseinandersetzte, daß das allgemeine Strafrecht auch für sie gelte. Dann forderte sie Bedenkzeit. Und kam später wieder, um den — nichtreife — Eid mit Seelenruhe zu leisten. Wenn irgendwo, dann liegt hier ein typischer Fall der bewußten Eidesverletzung vor. Welcher Eiderliche wäre wohl sonst auf die Idee gekommen, vor der Eidesleistung noch einen Juristen zu fragen, ob die beabsichtigte Aussage auch nicht mit dem Strafrecht kollidiere?

Wirklich ernsthaft will man heute glauben machen, daß das Prinzessin ihre Aussage für wahr gehalten habe, sie kenne Ehrhardt nicht, da dieser jetzt Schwur geliebt! Man stelle sich vor, Klammotten-Ede, mit bürgerlichem Namen Eduard Schulze, würde sich — um dem Staatsanwalt den Zugriff zu erschweren — hinter Otto Meier nennen. Seine „Freundin“, bei der er Unterschlupf gefunden, würde nun vor Gericht beschwören, sie kenne Herrn Eduard Schulze nicht (dieweil er ja jetzt Otto Meier heiße). Was meint man wohl, was das gutbürgerliche Schwurgericht mit einer solchen Dame anfangen würde? Zumal sie doch infolge mangelnder Verbindungen nicht einmal einen geschickten Juristen um Rat fragen könnte. Ihr wären sicher ein paar Jahre 3. aufgebremst worden.

Aber die Prinzessin Hohenzollern-Dehringen? Aus reichem Hause gebürtig, mit allen Vorteilen einer modernen Schulbildung ausgerüstet, hat das arme Wesen wirklich die „menschliche Teilnahme“ nötig? Sie wollte ja bloß ihren Freund herauslösen und wollte dabei nicht einmal Gott zum Zeugen anrufen. Ein Eid ist an sich schon unwürdig. Ganz sicher aber der ohne religiöse Formel. Also — mildern die Umstände, ein paar Monate Gefängnis — und „menschliches Mitleid“. Wo ist der nächste Eid, den sie schwören kann?

Was geht in Ungarn vor?

Rechtsradikaler Eisenbahnerstreik.

Während sich das Interesse der Welt fast ausschließlich auf die englisch-französische Auseinandersetzung über die Ruhrfrage und auf den Präsidentenwechsel in Amerika konzentriert, gehen seit etwa drei Tagen eigenartige Dinge in Ungarn vor. In offenbarem Zusammenhang mit einer Krise innerhalb der Regierungspartei, die zum Ausschneiden des rechtsradikalen Flügels unter Führung des Finanzministers Gombos endete, ist am Donnerstagabend ein Streik der Lokomotivführer und Heizer ausgebrochen, dem sich auch ein Teil der Eisenbahnbeamten und Arbeiter angeschlossen hat. Diese Bewegung trägt einen ausgesprochen politischen, und zwar rechtsradikalen Charakter. Die sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften haben sich gegen diesen Streik erklärt mit dem Erfolg, daß er heute schon als gescheitert angesehen wird. Die Regierung behält das Standrecht proklamiert und in der gestrigen Sitzung des ungarischen Parlaments unter dem Beifall sämtlicher bürgerlicher Redner sowie der Sozialdemokraten auf das schärfste gegen diese rechtsradikale Bewegung Front gemacht, die nur von der christlich-sozialen Opposition verteidigt wurde.

Es handelt sich offenbar um einen Versuch der „Erwachenden Magyaren“ und der faschistischen Gruppen, die Macht wieder an sich zu reißen, die ihnen unter dem liberalen Kurs der neuen Regierung Beihlen aus den Händen gegliiten ist. Der Reichswehrminister Horvath hat sich zwar bisher dieser Elemente weils für seine arbeiterfeindliche und antisemitische Politik bebient und unterstügt im geheimen ihre Bestrebungen auch weiler gegen das gegenwärtige Kabinett. Indessen scheinen die Lage dieses reaktionären Kurles gehäht zu sein, zumal sich in Ungarn immer mehr die Ersehnis durchgerungen hat, daß eine Besserung der außenpolitischen und damit auch der finanziellen Lage Ungarns nur möglich ist, wenn sich die Regierungspolitik von den rechtsradikalen Einflüssen befreit, die nach der Niederwerfung der kommunistischen Regierung im August 1919 bis etwa vor anderthalb Jahren in Ungarn ausschlaggebend waren.

Kommunistenverhaftungen in Finnland.

Helsingfors, 4. August. (M.T.S.) Notisbyran meldet: Gektern wurden in verschiedenen Landesteilen auf Anordnung der Behörden über 100 Kommunisten verhaftet, die in hochverräterische Umtriebe verwickelt waren, und es wurde der Befehl zur Verhaftung sämtlicher auf freiem Fuß befindlicher Mitglieder der kommunistischen Reichstagsgruppe und des Zentralvorstandes, der Funktionäre und der Redakteure der kommunistischen Partei gegeben. Sämtliche Kommunistenblätter wurden verboten und deren Druckereien geschlossen. Die Regierung gab eine Erklärung ab, in der die Entstehung der kommunistischen Partei sowie deren Tätigkeit und die Nichtähnlichkeit der russischen kommunistischen Partei und der Dritten Internationale dargelegt werden. Wegen die Verhafteten wird die Anklage wegen Vorbereitung zum Hochverrat erhoben.

Ausscheiden des kanadischen Mitgliedes aus der Saarregierung. Wie die Saarbrücker „Landeszeitung“ erzählt, hat der Regierungskommissar W a u g gestern dem Generalsekretariat des Völkerbundes seine Demission überreicht mit dem Bemerkten, daß er seinen Schritt dem Völkerbundsrat noch näher begründen werde. Das Ausscheiden Waugs aus der Regierungskommission nach der letzten Saarabstimmung in Genf wird als ein schwerer Schaden für das Saargebiet angesehen. Es wird angenommen, daß man in Genf Mittel und Wege finden wird, Herrn Waugh der Sache des Völkerbundes und des Saargebietes zu erhalten. — Offenbar hat sich der Kanadier mit dem Franzosen Kault vertracht, den er durch seine Aussagen in Genf schwer belastet hat.

„Volksaufklärung“.

Die Deutsche Republik konnte bisher nicht zur Ruhe kommen. Zu den ewigen Beunruhigungsparolen der Kommunisten gefügt sich die Bührarbeit der Deutschnationalen. Es werden Wanderredner ausgesendet und mit Vorliebe unter die Arbeiter geschickt. Die Herrschaften spekulieren in jedem Falle auf die Vergeßlichkeit der Menschen. Geschickt operiert man dabei mit Fragen, die jedem mit unserem Ideal verwachsenen, Herzensache sind.

Bei Demonstrationen, Versammlungen, in öffentliche Parks usw. beliebt man die Rolle des „unerschrockenen“ Proleten, der sich bitter über die teuren Gewerkschaften und Parteibeiträge beklagt. Die Gewerkschaften hätten keine Existenzberechtigung und die Partei wäre viel zu schlapp, weil sich die „Führer“ auf ihrem Posten behaglich wohlfühlten und alle Fünfe gerade gehen lassen. Dem Arbeiter werde alles mögliche versprochen und schließlich nichts gehalten. Nur wenn der Arbeiter sich von allem freimacht, könne er seine Lage bessern. Am Stammtisch oder Büffet in Lokalen mit Arbeiterverehr halten diese „Volksaufklärer“ große Reden. Gewand und sicher treten sie auf. Um recht glaubhaft und harmlos zu erscheinen, stellt sich ein „Volksfreund“ z. B. als streng katholisch erzogener Zentrumsmann vor, der durch den Krieg erst zur „richtigen“ Ueberzeugung gekommen sei. Der „Berrat“ der Sozialdemokratie hätte ihm die Augen geöffnet. Scheidemann, Ober und Roste seien die „größten Schufte“, die es gäbe und er, der biedere „Zentrumsmann“, würde diese „Lumpen“ lieber heute als morgen am nächsten Laternennpfahl baumeln sehen. Ledebour, Eichhorn und andere seien um kein Haar besser; ihr Schuldewußtsein drückte sich jetzt in Schweigen aus. Die Masse des Volkes sei vollständig hilflos ihrem Schicksal überlassen. Die Sozialdemokratie höhne über das Fiasko des Kabinetts Cuno, trotzdem alle Welt wisse, daß die Schuld an unserem Elend nur bei den ehemaligen Volksbeauftragten liegt. Nur diese allein hätten die Ermordung der einzigen Idealisten, wie Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, auf dem Gewissen. Nur eine Diktatur könne uns retten; sei es von links oder von rechts. Uns fehle ein starker Mann wie Bismarck, der gehörig mit dem ganzen Schiebergesindel aufräume. Die Ueberzeugung der Massen mit den „verräterischen Führern“ komme und sollte einmal die Diktatur von rechts einsehen, so mühte und würde ganze Arbeit gemacht werden.

Zu erwähnen ist noch, daß derartige Wanderredner nie allein „arbeiten“, sondern immer von mehreren Gestalten Logseiten werden; schon der Distinktion wegen und um den andächtig zuhörenden Leuten Nahrung zu machen, wie „recht der Herr“ hat. Nützlich kam so ein edler „Zentrumsmann“ an die rechte Adresse und würde als das gefeierte Zeichen was er ist: Ein bezahltes Werkzeug der Reaktion! So wird Arbeiterbewegung und deutsche Republik planmäßig unterminiert und Mistrauen gegen die Führer gesät. Der Zweck ist klar: Man wünscht Dummheiten von links, spekuliert auf die Diktatur des Proletariats, die man als Uebergangsstadium zur Diktatur des „starken Mannes“ betrachtet. Hier zeigt sich wieder einmal deutlich, daß die Negationspolitik und Putschstatik der Kommunisten nur Wasser auf die Mühlen der Reaktion ist!

Neun Miethäuser ohne Wasser.

Wasserabsperrung in einem ganzen Häuserblock.

Wir berichteten wiederholt über den mehrfachen Hausbesitzer Georg Kriedte in Treptow, der neben zahlreichen anderen unbegreiflichen Handlungen von den etwa 250 Mietern seiner neun zusammenhängenden Miethäusern in der Graeb-, Kroll- und Kleinhofstraße seit dem Oktober 1922, also für fast ein Jahr, keine Mieten eingezogen hat. Er bezahlte auch nicht oder nur zum Teil die öffentlich-rechtlichen Abgaben, obwohl er in Krollshorst eine vornehm eingerichtete sechs-zimmerige Willenwohnung hat und Mitinhaber einer Spirituosen-Großhandlung ist. Nun ist gestern die erste der längst erwarteten häuslichen Katastrophen eingetreten. Die Wasserwerke ließen plötzlich in allen neun Häusern das Wasser absperrten. Der Mieter bemächtigte sich eine starke Erregung, weil nun auch das Toilet- und Kochwasser fehlte. Sie mußten strahlenweil launen, um Wasser aus Straßenbrunnen herbeizuschleppen, da Leitungswasser wegen der hohen Kosten aus Nachbarhäusern nicht zu haben ist. Die Aktion der Wasserwerke sollte einen scharfen Druck auf den böswillig nicht zahlenden Hauswirt ausüben, könnte aber doch sehr läble Folgen haben, wenn in solchem stark verfallenen Häuserblock ein Schadenfeuer ausbricht. Werden nun die zuständigen Behörden endlich gegen den Eigentümer Kriedte zum Schutze der Mieter mit aller Energie vorgehen? Die betroffenen Häuser müssen schnellstens, was von der Mietervertretung des einen Hauses schon beantragt worden ist, unter normungshöfliche Verwaltung gestellt werden. Zunächst ist, da die Zustände unhygienisch geworden sind, die gerichtliche Zwangspflegschaft anzunordnen. — Es ist ein kaum zu begreifender Zustand, daß zuerst keine Behörde da ist, die den Mietern, seiner Pflicht nachzukommen, und doch soeben für die Fehler des Birtes und die Mangelhaftigkeit der Behörden die vollkommen unschuldigen Mieter büßen müssen.

Chefzweit mit Pistolenschüssen.

Eine blutige Auseinandersetzung gab es gestern Abend in dem Hause Stallunder Straße 2. Darin war die Chefin des Arbeiters Paul Loubenburg mit ihrem Kinde zu Verwandten gezogen, als sie sich von ihrem Manne trennte. Gestern Abend erschien nun Loubenburg in der Wohnung, um das Kind zu sich abzuholen. Die Frau verweigerte die Herausgabe. Darüber kam es zu einem heiligen Streit, bei dem Loubenburg auch tätlich wurde. Ein Onkel der Frau, ein Kaufmann Paul Heil, der ebenfalls in dem Hause wohnt, ein sehr nervöser Mann, sprang ihr bei, griff in der Anstrengung zur Pistole und schoß zweimal auf Loubenburg. Die eine Kugel durchbohrte ihm die rechte Hand, die andere streifte ihn am Bauche. Der Verletzte wurde nach dem Lazarus-Krankenhaus gebracht, Heil verhaftet und der Kriminalpolizei zugeführt.

Nicht überall Straßenreinigungsgebühren in Großberlin.

Innerhalb der Einheitsgemeinde Groß-Berlin werden die Straßenreinigungsgebühren nicht überall von der Stadt erhoben. Eine ganze Anzahl von Gemeinden sind ausgeschlossen. Trotzdem versucht in diesen ausgeschlossenen Gemeinden ein großer Teil der Hausbesitzer, angeblich durch Straßenreinigung entstehende Kosten auf alle Hausmieter umzulegen. Das Amtsgericht Köpenick hat hierzu (Aktenzeichen S. c. 1674/23) entschieden: Die Kosten, welche entstehen durch Straßenreinigungsarbeiten, die von den Vermietern selbst oder durch von ihnen angenommene Personen ausgeführt werden, sind fraales Verwaltungskosten und Ähnliche Kosten. Sie sind keine Gebühren im Sinne der preussischen Ausführungsverordnung zum Reichsmietengesetz, haben also einen rein privatrechtlichen Charakter, sind in dem Hundertjahr für Betriebs- und Verwaltungskosten enthalten und können nicht wie die Straßenreinigungsgebühren der Stadt auf die Mieter umgelegt werden.

Die Ernte als Nothelfer.

Es scheint, als ob trotz des unbeschädigten, fast durchgängig regnerischen Wetters und eine gute Ernte bevorsteht, die wir in unserer Not auch dringend gebrauchen können. Die Roggen-ernte ist in der Mark, nachdem die vorzügliche Heuernte gebrungen und die Wintergerste ebenfalls in die Scheunen gebracht ist, im vollen Gange. Die Gerstenernte war zufriedenstellend,

nur die Farbe der Gerste läßt hier und da zu wünschen übrig. Die Brauereien werden auch einmal mit dunkler, durch Regen gelittener Gerste sich zufriednen geben müssen. Die Stiegen und Kanäle auf den Feldern sehen in diesem Jahre ganz anders, voller und kräftiger aus. Die Ernte lohnt sich. Es gibt Heu und Stroh in Mengen, wie seit mehreren Ernten nicht. Ein Sachverständiger schätzte den Durchschnittsertrag pro Morgen auf rund 10 Zentner. Das Korn ist groß und schwer, das Stroh lang und sehr fest, so daß das Mähen mit der Hand anstrengt. Die Scheunen werden nicht ausreichen zur Vergung der Ernte. Leider sind die Partoffeln in diesem Jahre nicht so gut geraten, wie im vorigen. Man befürchtet allgemein einen angeblich geringeren Ertrag. Der Hafer und die Sommergerste dürften die Erwartungen, die man hegte, voll erfüllen. Dagegen lassen Gerstliche, auch Zuckerrüben, noch viel zu wünschen übrig, können sich aber bei andauernder Wärme auf gutem Boden noch erholen. Die Hauptfrage ist aber, daß die gute Ernte auch der darbenenden Großstadtbewölkerung zu erträglichem Breiten zugeführt wird.

Die Not steigt.

Als sich in den letzten Tagen der Dollar einigermaßen hielt, da konnte man deutlich wahrnehmen, daß die Ware nach und nach, wenn auch nur spärlich und tröpfchenweise, wieder zum Vorschein kam. Nunmehr zieht der Dollarpreis wieder an und sofort stellen sich die bekannten Schwierigkeiten: Verschwinden der Ware vom Markt, d. h. Zurückhalten, wieder ein. Die Frauen müssen in langen Polonaisen an den Kartoffel- und Milchläden stehen. In Potsdam ist es sogar zu einem kleinen Krawall gekommen. Die Nachricht hatte sich verbreitet, daß aus Treuenbriegen ein Wagen mit Butter kommen sollte. Schon in der Nacht stellten sich die Leute auf. Als der Wagen erschien, mußten ihn Schupobeamte schützen. Potsdam, dessen Lebensmittelzufuhren hauptsächlich aus dem Kreise Jauch kommen, ist zurzeit von den Händlern und Bauern vollkommen blockiert. Wehliches scheint sich in Berlin vorzubereiten. Der Vertrieb an Vieh am Zentralviehhof ist ein so geringer, daß es nicht der Rede wert ist. Und es handelt sich doch hier und in hundert anderen Fällen um Waren und Produkte, die in Deutschland, also im eigenen Land erzeugt sind, und mit eigen milderbezogenen Löhnen hergestellt werden, die also im Grunde mit dem Dollarkurs nichts zu tun haben. Trotzdem rasen die Preise für alle deutschen Waren empor. Es fehlt jeder Rohstoff für die Breite. Und was die eine Hausfrau forden noch, am ganzen Leibe zitternd, als „unerhörten Preis“ gezahlt hat, das muß sie sich von der anderen als „billig“ begehnen lassen. Und die Reichsregierung verharret in Untätigkeit. Es ist, als ob sie nichts höre, als ob sie die Not des Volkes nichts angehe, als ob sie sich um nichts kümmern. Und heute konnte man von einer ergrimmten Hausfrau den Schrei hören: Reichsregierung, wo denn? Es ist ja gar keine mehr da!

Auf der Spur eines Gattenmörders.

Der Täter in Berlin gesucht.

In einem Tannendickicht bei Rinteln wurde am 19. Juni eine aus Berlin gebürtige Frau Margarete Reifner ermordet aufgefunden, die hier als Mädchen einen lockeren Lebenswandel geführt hatte. Die Leiche war ganz unbeeidelt, die Feststellung der Persönlichkeit machte deshalb zunächst Schwierigkeiten, gelang aber doch. Die Ermittlungen der Ortspolizei und der hiesigen Kriminalpolizei haben nun das Ergebnis gehabt, daß der eigene Schwarm der Ermordeten der Tat dringend verdächtig ist. Es ist das ein ehemaliger Schiffstößer Ludwig Reifner, dessen Spur in Berlin ermittelt ist, der aber noch nicht ergriffen werden konnte. Es ist festzustellen, daß Reifner, von dem vermutet wird, daß er seine Frau beseitigt gebracht hat, um eine andere Ehe eingehen zu können, in der Bekanntschaft mit dem Berliner aufgegriffen ist und hier mit weiblichem Anhang eine gewisse Rolle spielte. In mehreren Lokalen dieser Bekanntschaft erschien er hier, ohne daß man wußte, mit wem man es zu tun hatte, und wahrscheinlich ist er auch jetzt noch dort zu finden. Möglich ist, daß er in der weiteren Umgebung Berlins irgendwo als Kellner tätig ist und dann von Zeit zu Zeit nach Berlin kommt, um hier den Bekannnten zu spielen. Wer über keinen Verkehr und seinen Aufenthalt irgend etwas weiß, wird ersucht, sich bei Kriminalkommissar Brochsmid im Zimmer 102 des Volkspolizeidirektors, Hausnummer 484 zu melden. Alle Mitteilungen werden streng vertraulich behandelt.

Der letzte Akt des Dramas.

Trauerfeier für die Opfer des Eisenbahnunglücks.

Am Freitag mittag 2 Uhr fand in Kreienzen die Trauerfeier für die Opfer des Eisenbahnunglücks statt. In der besonders hergerichteten Trauerhalle standen noch vier mit Kränzen und Blumen reich geschmückte Särge, von denen vorerst nur zwei zum Friedhof übergeführt wurden.

Ein kaum übersehbarer Trauerzug bildete das Gefolge, an der Spitze die Musikkapelle des Kaiser Eisenbahnvereins, dann folgten Vereine und Abteilungen der Eisenbahnerschaft. Die Trauerandacht hielten ein evangelischer und ein katholischer Geistlicher. Vor der Gruft legten die Vertreter der Behörden und Vereine Kränze nieder, u. a. den Kranz des Reichsverkehrsministers und der Reichsbahndirektion Kassel. Als Beauftragter des Reichsverkehrsministers zugleich im Namen des Reichspräsidenten sprach der Geh. Oberbaurat Firkler. De tiefe Trauer der Reichsbahndirektion brachte Präsident Reifner zum Ausdruck. Auch sprach ein Vertreter der bei dem Unglück verletzten dänischen Staatsangehörigen unter Niederlegung eines Kranzes sein tiefes Mitleid aus.

Kassel, 4. August. (M.T.S.) Von den bei dem Kreienzen Unglück Verletzten sind inzwischen in der Göttinger chirurgischen Klinik zwei weitere Personen verstorben und zwar Kammersekretär a. D. Karl Henauer aus München, Oberanzer 7, und Lehrer Oskar Kroll aus Bad Leuz, Marktstr. 16. Dadurch ist die Gesamtzahl der Toten auf 48 gestiegen. Die Toten sind nunmehr sämtlich erkannt, der Zustand der Verletzten hat sich gebessert.

Großfeuer in den Rhönigwerken. Im Reichraum der Rhönigwerke bei Dormund entstand ein großes Feuer, durch das ein großer Teil des gesamten Wertes Kitzgelegt werden mußte. Ueber die Entstehungsursache ist bisher nichts bekannt.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgebung. Etwas wärmer, vielfach heiter, vorübergehend wieder stärker bewölkt, bei ziemlich frischen westlichen bis südwestlichen Winden. Keine erheblichen Niederschläge.

Theater der Woche.

Vom 5. bis 13. August.

Königsplatz: Madame Butterfly. — Deutsches Theater: Schneider Bibbel. — Kommerzien: Die Büchse der Pandora. — Theater in der Königgräzer Straße: Die wunderlichen Geschichten des Kapellmeisters Kreutzer. 1. Teil. Dasselbe 2. Teil. — Schiller-Theater: Sühne. — Großes Schauspielhaus: Die Weber. — Die Tribüne: Die Jole. — Deutsches Künstlerhaus: Die Jungfrau-Prinzessin. — Komödienhaus: Die Gault Ruffet. — Berliner Theater: Nibel. — Trianon-Theater: Eigenlich eine reizende Frau. — Refektor-Theater: Die Entlassung. — Zentral-Theater: Die Räuber. — Komische Oper: Der Gauderling. — Metropol-Theater: Die Schöne der Freuen. — Neues Operettenhaus: Rollo, die Töchterin. — Thalia-Theater: Die Paganini. — Theater am Rollendorplatz: Mein Freund — der Däbel. — Neues Theater am Zoo: Der Zehnführer des Fürstlichen Herz. — Kleines Theater: Rolo Wälderwälder. — Waller-Theater: 4-7. Des Königs Kabinett. — Die Lügnerin. — Hof-Theater des Hofes: Die Dame mit der Maske. — Komische Theater: Die neuen Reichen. — Theater am Kurfürstendamm: Die Dame mit dem Mantel. — Intimes Theater: Diplomant im Dienst. Der kleine Teufel. — Der Geldbriefträger. — Männer.

